

Protokoll
Ausschuss für grenzüberschreitende Verständigung
19. April 2021, MS Teams

Anwesend: siehe Teilnehmerliste

Entschuldigt: Ralf Berensmeier (Kreis Wesel), Lisa Sofie Helm (Bezirksregierung Düsseldorf), Astrid Hubbers (Euregio Rhein-Waal)

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende, Herr van Soest (Gemeente Boxmeer), heißt alle Anwesenden digital herzlich willkommen.

Es gibt keine Ergänzungen zur Tagesordnung, die somit unverändert genehmigt wird.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 26. Oktober 2020

Es gibt keine Fragen oder Anmerkungen in Bezug auf das Protokoll.

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 26. Oktober 2020 wird unverändert genehmigt.

TOP 3 Corona-Entwicklungen

Auf Bitten des Vorsitzenden erläutert Herr Kamps die aktuelle Lage. Herr Kamps erklärt, dass die Tatsache, dass Deutschland die Niederlande als Hochinzidenzgebiet eingestuft hat, viel Unsicherheit in der Grenzregion ausgelöst hat. Der GrenzInfoPunkt erhielt in den vergangenen zwei Wochen viele Anfragen und die Website war zeitweise sogar überlastet. Zurzeit scheint wieder Ruhe eingekehrt zu sein. Die Mitteilung des deutschen Gesundheitsministeriums, dass sich in den Niederlanden lebende Grenzpendler in Deutschland ebenfalls kostenlos testen lassen können, hat zu einer Entspannung der Lage geführt. Außerdem ist es hilfreich, dass deutsche Arbeitgeber seit dem 19. April verpflichtet sind, ihren Mitarbeitern kostenlose Selbsttests anzubieten. Die Maßnahmen auf deutscher Seite zeigen insofern Wirkung, als dass auf den Parkplätzen von Supermärkten und an Tankstellen kaum noch Fahrzeuge mit niederländischem Kennzeichen zu sehen sind. Das liegt daran, dass für die Einreise nach Deutschland ein negativer Corona-Test vorgeschrieben ist und ein solcher Nachweis in den Niederlanden nicht kostenlos erhältlich ist. Ein weiteres Problem bahnt sich bereits an, dieses Mal auf niederländischer Seite. Die Niederlande planen eine Quarantänepflicht für alle, die aus einem Risikogebiet in die Niederlande einreisen. Es gibt zwar einige Ausnahmen, aber diese Entwicklung wird zweifellos zu neuen Fragen führen.

Herr Kamps erkundigt sich anschließend bei Herrn Böhmer danach, wie er als Bürgermeister von Kranenburg diese Entwicklungen einschätzt. Herr Böhmer bestätigt die von Herrn Kamps geschilderte Situation und erklärt, dass der kleine Grenzverkehr praktisch zum Erliegen gekommen ist. Einer der Supermärkte hat bereits ein Schnelltestzentrum eröffnet. Insgesamt ist die Situation nicht zufriedenstellend. Herr Böhmer erklärt abschließend, dass er damit rechnet, dass der eigentliche wirtschaftliche Schaden dieser Maßnahmen erst in einem Jahr deutlich wird.

Herr van der Meer (Gemeente Renkum) fragt, wie der Entscheidungsprozess verlief. Herr Kamps erklärt, dass der Entscheidungsprozess in Deutschland mit dem in den Niederlanden vergleichbar ist. Das RKI, das mit dem niederländischen Institut für Gesundheit und Umwelt (RIVM) vergleichbar ist, berät die Bundesregierung zu Maßnahmen im Zusammenhang mit der aktuellen Corona-Situation und hat vor Ostern darauf hingewiesen, dass die Lage in den Niederlanden Anlass gibt, die Niederlande als Hochinzidenzgebiet einzustufen. Das RKI begründete diese Entscheidung u.a. mit der Zahl der Infektionen pro 100.000 Einwohner pro

Woche. Wenn diese Zahl über 200 liegt, kann ein Land als Hochinzidenzgebiet eingestuft werden. In den Niederlanden wird dieser Grenzwert schon seit einiger Zeit überschritten, aktuell liegt die 7-Tage-Inzidenz zwischen 300 und 400, in Kleve knapp über 150. Die Einstufung als Hochinzidenzgebiet bedeutet, dass die Regelungen des Bundes gelten und die Länder einen geringeren Handlungsspielraum haben. Dadurch ist die bekannte 24-Stunden-Regelung für den kleinen Grenzverkehr entfallen. Nordrhein-Westfalen hat den begrenzten Spielraum im Bereich des Testens bestmöglich ausgenutzt und z.B. die Gültigkeit eines Testergebnisses für Grenzpendler und bei notwendigen Familienbesuchen auf 72 Stunden festgelegt. Als sich diese Maßnahmen abzeichneten, hat sich das Land Nordrhein-Westfalen mit den Niederlanden im Rahmen der Cross Border Task Force Corona, der auch Belgien angehört, intensiv abgestimmt. Die Euregios, die wöchentlich von dieser Task Force über die aktuellen Entwicklungen informiert werden, machten und machen weiterhin verschiedene Vorschläge, um den notwendigen Verkehr aufrechtzuerhalten. In diesem Zusammenhang weist Herr Kamps noch einmal darauf hin, dass die Schnelltestkapazitäten in Deutschland inzwischen auch für Personen, die nicht in Deutschland leben, kostenlos zur Verfügung stehen. Darauf wurde stark gedrängt, ebenso wie auf eine niederländische Lösung, die bisher leider noch nicht zustande gekommen ist.

Frau Kalthoff (Gemeente Arnhem) erkundigt sich, wie über das digitale Sprechstundenangebot des GrenzInfoPunkts informiert wird und ob eine Kontaktaufnahme mit dem Expatcentre der Universität Wageningen stattgefunden hat. Herr Kamps teilt mit, dass dieses Angebot über soziale Medien und Pressemitteilungen beworben wird. Zur zweiten Frage erklärt Herr Kamps, dass das Expatcentre zwar bekannt ist, dass es aber keine regelmäßigen Kontakte gibt. Er wird dieses Thema nochmals mit dem GrenzInfoPunkt besprechen.

Herr Bakker (Gemeente Nijmegen) drückt seine Wertschätzung für die großen Anstrengungen aus, die die Euregio- und GrenzInfoPunkt-Mitarbeiter in dieser Angelegenheit unternommen haben. Er fragt, wie erfolversprechend die Einrichtung einer Pufferzone von z.B. 25 km auf beiden Seiten der Grenze sei, in der die Maßnahmen nicht gelten würden. Oder ist dieser Gedanke wegen der großen Unterschiede bei den Infektionszahlen aussichtslos? Herr Kamps erklärt, dass die Einrichtung einer solchen Pufferzone nicht in die regionalen Zuständigkeiten fällt und dass die Unterschiede im Moment tatsächlich zu groß sind. Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie eine solche Zone kontrolliert werden kann.

Herr Franken (Kreis Kleve) fragt, warum es in Deutschland ein kostenloses Schnelltestangebot gibt und in den Niederlanden nicht. Herr Kamps erklärt, dass dies an der Vorgehensweise bei der Pandemiebekämpfung liegt. Deutschland hat sich dafür entschieden, die Zahl der Infektionen durch intensives Testen zu begrenzen und der Bevölkerung dadurch gleichzeitig etwas mehr Freiheiten zu ermöglichen. In den Niederlanden gibt es diese Strategie (noch) nicht, vielleicht wird sich das ändern. Die Niederlande führen die Tests mittlerweile in den Schulen ein und diese werden auch von der Regierung bezahlt. Die Niederlande sind über die deutsche Strategie informiert, aber das hat in den Niederlanden nicht zu einer Veränderung geführt.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird zur Kenntnis genommen.

TOP 4 Euregionaler Mobilitätsplan

Auf Bitten des Vorsitzenden führt Herr Kamps kurz in diesen Punkt ein. Herr Kamps erklärt, dass der Vorschlag für einen Euregionalen Mobilitätsplan vom Euregiorat stammt. Anschließend wurde dazu ein INTERREG-Projekt entwickelt, das im Oktober letzten Jahres genehmigt wurde. Der Auftrag für die Erstellung dieses Plans wurde im Rahmen eines öffentlichen Vergabeverfahrens an die Agentur Loendersloot Groep vergeben. Loendersloot arbeitet bei diesem Projekt mit IGS Consultants und Jan Oostenbrink zusammen. Zurzeit wird intensiv an dem Deskresearch gearbeitet. Heute werden der Sachstand und die weitere Vorgehensweise erläutert. Der Vorsitzende erteilt Herrn Loendersloot, Herrn Vieten und

Herr Oostenbrink das Wort. Herr Vieten von IGS erläutert den Sachstand in Bezug auf das Deskresearch und geht anschließend auf die für Mai und Juni geplanten Stakeholder-Treffen ein. Er skizziert auch den weiteren Verlauf des Projekts. Die Präsentation mit allen Informationen liegt diesem Protokoll bei.

Herr van Soest dankt Herrn Vieten für die deutlichen Ausführungen und fragt, ob es anlässlich der Präsentation noch Fragen gibt.

Herr van de Zande (Gemeente Apeldoorn) fragt, wann die Fallstudien fertiggestellt werden und ob sie bereits feststehen. Herr Loendersloot antwortet, dass die Fallstudien auf der Grundlage der Ergebnisse des Deskresearch und der Stakeholder-Treffen ausgewählt und anschließend ausgearbeitet werden.

Frau Kalthoff ist gespannt auf die endgültigen Empfehlungen und schlägt vor, die Provinz Gelderland ebenfalls aktiv einzubeziehen, um zu gewährleisten, dass die grenzüberschreitenden Verbindungen in der neuen ÖPNV-Konzession angemessen berücksichtigt werden. Herr Loendersloot erklärt, dass es Kontakt mit der Provinz Gelderland gibt, dass die Anregung in Bezug auf die Konzessionen jedoch sicherlich in die Überlegungen einbezogen wird.

Herr Franken erwähnt in diesem Zusammenhang, dass der Kreis Kleve eine neue Machbarkeitsstudie zur Reaktivierung der Bahnstrecke Kleve-Nijmegen plant. Dafür stehen in den nächsten zwei Jahren insgesamt 150.000 Euro zur Verfügung. Er erkundigt sich ebenfalls, ob auch die Kreise und die Provinzbehörden zu den Stakeholder-Treffen eingeladen werden, was der Fall ist.

Herr van Soest dankt den Teilnehmern für ihren Beitrag und stellt fest, dass die Erwartungen hoch sind.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird zur Kenntnis genommen.

TOP 5 Strategische Agenda 2025+ und Interreg VI Deutschland-Niederland

Herr Kamps führt diesen Tagesordnungspunkt aus und erklärt, dass, wie in den Sitzungsunterlagen dargelegt, während der informellen Euregioratsveranstaltung mögliche Prioritäten bei den in der Strategischen Agenda 2025+ formulierten Grenzherausforderungen besprochen wurden. Das neue Interreg-Programm wurde ebenfalls ausführlich diskutiert.

Die inhaltlichen Vorbereitungen für das neue Programm laufen bereits seit über einem Jahr. Der thematische Schwerpunkt wurde inzwischen festgelegt und wurde im Rahmen eines öffentlichen Konsultationsverfahrens ebenfalls der Öffentlichkeit vorgestellt. Dazu gingen etwa 40 Stellungnahmen ein, die zurzeit beantwortet werden. Es wurden vier Prioritäten formuliert:

1. Eine stärkere Wirtschaft (z.B. Innovation, Unterstützung KMU)
2. Eine grünere Region (z.B. Nachhaltigkeit, Klima, Energie)
3. Eine sozialere Grenzregion (z.B. Bildung, Arbeitsmarkt, Nachbarsprache und Gesundheitswesen)
4. Ein bürgernäheres Europa (z.B. People-to-People, Mini-Projekte)

Auf diese Punkte haben sich die Interreg-Partner (Ministerie van Economische Zaken en Klimaat, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, die acht Grenzprovinzen, die drei Bezirksregierungen und die vier Euregios) geeinigt.

Derzeit wird noch über die Größe des Programmgebiets diskutiert. Die Europäische Kommission will zu kleineren Programmgebieten zurückkehren, weil inflationsbereinigt weniger Budget für Interreg zur Verfügung steht. Für unsere Euregio würde das bedeuten, dass auf niederländischer Seite die Regionen Veluwe und Süd-West-Gelderland nicht mehr

zum Programmgebiet gehören würden. Zwar wäre eine Teilnahme an Projekten immer noch möglich, aber diese Gebietsverkleinerung ist nicht wünschenswert, da gerade die Region Veluwe mit den Städten Ede-Wageningen und Apeldoorn sehr wichtig für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Bereichen wie Food und Nachhaltigkeit ist. Der Begleitausschuss hat inzwischen über die Mitgliedstaaten mitteilen lassen, dass er damit nicht einverstanden ist und plädiert für den Erhalt des jetzigen Programmgebiets.

Zum jetzigen Zeitpunkt steht noch nicht endgültig fest, wie viele Mittel im Rahmen von Interreg VI für den Zeitraum 2021-2027 zur Verfügung stehen. Bisher wurde davon ausgegangen, dass das Budget in etwa gleich bleiben oder vielleicht sogar geringer ausfallen würde. Inzwischen zeichnet sich ab, dass das Gesamtbudget der EU etwa 8 Milliarden Euro beträgt. In Deutschland sind die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die Verteilung der EU-Mittel abgeschlossen und hat es den Anschein, dass Deutschland ca. 15 Millionen Euro zusätzlich für das Programm Deutschland-Niederland bereitstellen wird. In den Niederlanden laufen die Verhandlungen noch, aber auch hier erscheint eine geringe Erhöhung der Beteiligung wahrscheinlich. Dies würde bedeuten, dass das verfügbare EU-Budget von 222 Millionen auf ca. 240 Millionen Euro steigen würde. Herr Kamps erklärt, dass er damit nicht unzufrieden ist.

Frau Kalthoff und Herr van de Zande fragen, ob es noch möglich ist, Lobbyarbeit für die Beibehaltung des aktuellen Programmgebiets zu leisten. Herr Kamps erklärt, dass eine gezielte Lobbyarbeit durchaus noch möglich ist, z.B. über bekannte Europaabgeordnete, die wiederum Kontakte zur Europäischen Kommission und z.B. GD REGIO haben. Es ist jedoch etwas Eile geboten, da die Europäische Kommission die Programme ab Juni zur Genehmigung vorlegen will und die Programmgebiete bis dahin bekannt sein müssen. Herr van der Meer teilt mit, dass die Gemeinde Renkum und Gemeinde Wageningen bereits Kontakt zu Frau Strik, einer Abgeordneten des Europäischen Parlaments, aufgenommen haben. Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt Herr Kamps, dass die Euregio Rhein-Waal gerne bereit ist, bei Bedarf Ideen einzubringen und zusätzliche Informationen für konkrete Lobbying-Aktivitäten bereitzustellen.

Der Vorsitzende schließt diesen Tagesordnungspunkt mit der Feststellung, dass die Dringlichkeit für Lobbyarbeit hoch ist.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6 INTERREG VA Deutschland-Niederland **TOP 6a Sachstand INTERREG VA Deutschland-Niederland** **TOP 6b Aktueller Sachstand People to People**

Herr Kamps teilt mit, dass im Prinzip alle Mittel gebunden sind. Allerdings werden durch den Abschluss von Projekten noch einige Mittel frei. Diese frei werdenden Mittel werden den Reserveprojekten zugeführt. Herr Kamps und Frau Arntz erklären diesbezüglich, dass die Euregio Rhein-Waal einen Antrag gestellt hat, frei werdende Mittel in Priorität 2 dem Rahmenprojekt People to People zuzuführen. Innerhalb des Rahmenprojekts gibt es viele Projekte auf der Warteliste und zurzeit stehen nicht genügend Mittel zur Verfügung.

Frau Kalthoff fragt, wie die Tatsache, dass noch Mittel zur Verfügung stehen, bekannt gemacht wird. Herr Kamps weist darauf hin, dass dies nur bedingt der Fall ist und dass derzeit so viele Projekte auf der Warteliste stehen, dass man mit zusätzlicher Publizität zurückhaltend ist. Außerdem müssen die Projekte bis Mai/Juni nächsten Jahres abgeschlossen sein, so dass für neue Projekte nicht viel Zeit bleibt, den gesamten Prozess zu durchlaufen.

Beschluss:

Die Tagesordnungspunkte 6a und 6b werden zur Kenntnis genommen.

- TOP 7 Förderanträge Mini-Projekte**
TOP 7a Sachstand Anträge Mini-Projekte Rahmenprojekt Priorität II INTERREG V
TOP 7b Sachstand Budget Mini-Projekte Rahmenprojekt Priorität II INTERREG V

Herr Kamps teilt in Bezug auf das verfügbare Budget mit, dass für den Fall, dass noch Mittel für Mini-Projekte innerhalb des Rahmenprojekts im Budget verbleiben, diese auch für die People-to-People-Projekte verwendet werden können. Frau Arntz ergänzt, dass es den Anschein hat, als würden auch die Mini-Projekte wieder an Beliebtheit gewinnen.

Beschluss:

Die Tagesordnungspunkte 7a und 7b werden zur Kenntnis genommen.

- TOP 8 Mitteilungen / Rundfrage**
TOP 8a 50 Jahre Euregio Rhein-Waal

Auf Bitten des Vorsitzenden erläutert Frau de Ruiter kurz diesen Tagesordnungspunkt. Sie erklärt, dass versucht wird, dem Jubiläum auf möglichst vielen alternativen Wegen gebührende Aufmerksamkeit zu schenken, da physische Treffen vorerst nicht möglich sind, und verweist auf die Übersicht in den Sitzungsunterlagen.

Herr Rashid schlägt vor, eine Reise für Kontaktpersonen zu veranstalten.

Frau Kalthoff regt an, eine Verbindung zum Demokratie-Festival herzustellen, das am 3. und 4. September in Nijmegen-Lent stattfindet.

Beschluss:

Die Vorschläge der Ausschussmitglieder werden bei der weiteren Planung berücksichtigt.

- TOP 8b Infoveranstaltung Arbeit/dsmarktplattform Euregio Rhein-Waal**
Es gibt keine Fragen oder Anmerkungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird zur Kenntnis genommen.

- TOP 8c Grenzlandagenda NL-NRW – Sicherheitskonferenz Apeldoorn**
Es gibt keine Fragen oder Anmerkungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird zur Kenntnis genommen.

- TOP 8d Euregionaler Schulwettbewerb**

Frau de Ruiter erläutert kurz diesen Tagesordnungspunkt und weist darauf hin, dass die Ausschussmitglieder auch einen Link erhalten haben müssten, mit dem sie sich die Übertragung ansehen können.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird zur Kenntnis genommen.

- TOP 8e Wahlergebnisse in den Niederlanden**

Herr van Soest erläutert kurz diesen Tagesordnungspunkt und stellt fest, dass die Wahlergebnisse an sich sehr eindeutig sind. VVD und D66 haben sich gut geschlagen. Und obwohl die PVV einige Sitze verlor, haben die rechtspopulistischen Parteien PVV, Forum voor Democratie und JA21 gemeinsam Sitze gewonnen. Nach den Wahlen gelangten durch eine unglückliche Verkettung von Umständen vertrauliche Notizen an die Öffentlichkeit, die kein gutes Licht auf den Premierminister warfen, und wurde der Regierungsbildungsprozess unterbrochen. Dieser Prozess findet mittlerweile unter Leitung eines erfahrenen Formateurs

statt, der bereits an der Bildung von fünf Kabinetten beteiligt war. In den Niederlanden wird jetzt der Ruf nach einer neuen Regierungskultur laut.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird zur Kenntnis genommen.

Es gibt keine weiteren Mitteilungen oder Bemerkungen.

TOP 9 Schließung

Der Vorsitzende dankt allen Anwesenden für ihren konstruktiven Beitrag und schließt die Sitzung.

20. April 2021, Heidi de Ruiter